

Pressemitteilung

Berlin, 15.05.2005 | pmdbv05-01

Landwirtschafts- und Umweltverbände fordern: Entsiegelung bei Neuversiegelung

Gemeinsames Positionspapier zum Flächenverbrauch und zur Eingriffsregelung

(DBV) Nach wie vor gehen täglich rund 100 Hektar zumeist landwirtschaftlich genutzte Flächen unwiederbringlich verloren. Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke stellt heute in Deutschland eines der drängendsten Umweltprobleme dar. Dies stellen in einem gemeinsamen Positionspapier zur Verringerung des Flächenverbrauchs der Deutsche Bauernverband (DBV), der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Verband der Landwirtschaftskammern (VLK), das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Umweltbundesamt (UBA) fest. Die Verbände und Institutionen unterstützen nachdrücklich das Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Das prioritäre Ziel müsse heißen: „Entsiegelung bei Neuversiegelung“, um den anhaltenden Flächenverbrauch zu stoppen, betonten die Vorsitzenden der Verbände, Dr. Willy Boß (BLG), Dr. Angelika Zahrt (BUND), Josef Göppel, MdB (DVL), Gerd Sonnleitner (DBV), Olaf Tschimpke (NABU) und Friedrich Scholten (VLK) in einem gemeinsamen Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die jeweiligen Minister des Bundes und der Bundesländer für Bauen, Landwirtschaft, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft sowie an die Agrar- und Umweltpolitiker des Deutschen Bundestages.

In dem Positionspapier haben die Beteiligten gemeinsame Forderungen aus Landwirtschaft und Naturschutz zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlungen

und Verkehr im Sinne des Naturschutzes, der Landwirtschaft und des ländlichen Raums formuliert. Das Positionspapier beinhaltet hierzu wichtige Ansätze und Maßnahmen, die angesichts der Tragweite des Problems zukünftig verstärkt in der Praxis berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus werden im Positionspapier einige Vorschläge zur optimierten Anwendung der Eingriffsregelung als Folge von Eingriffen in Natur und Landschaft formuliert. Im Sinne von Naturschutz und Landwirtschaft sollten zukünftig beispielsweise verstärkt gesamträumliche Konzepte für ein Flächenmanagement im Rahmen von Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen in Kooperation mit Landwirtschaft und Naturschutz angewendet werden. Die beteiligten Verbände und Institutionen bekräftigen die Notwendigkeit entschiedenen Handelns und werben um Berücksichtigung der vorgeschlagenen Maßnahmen und Ansätze in der Praxis.